

28.6.1983  
61

- DC/20 / I/3/1950  
SAPMO

VVS B 2 - 619/83 - 3 -

Anlage 1

B e r i c h t  
über das Moskauer Treffen der Repräsentanten der Parteien und  
Staaten der VRB, UVR, DDR, VRP, SRR, UdSSR und CSSR  
am 28. Juni 1983.

---

1. Das Moskauer Treffen, das ein halbes Jahr nach der Prager Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages auf Initiative der UdSSR stattfand, diente
  - einer erneuten Einschätzung der Entwicklung der internationalen Lage, insbesondere nach dem Treffen von Williamsburg und der jüngsten Tagungsserien der NATO in Brüssel und Paris;
  - der Festigung der Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Staaten angesichts des sich verstärkenden gemeinsamen Handelns der imperialistischen Mächte gegen den realen Sozialismus;
  - der Erörterung der für den Fall der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa erforderlichen militärischen und politischen Gegenmaßnahmen der Staaten des Warschauer Vertrages;
  - der Bekräftigung der in der Prager Politischen Deklaration dargelegten grundsätzlichen Linie der Bruderstaaten in der internationalen Politik und ihrer Initiativen zu Fragen der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung.

Die Ziele des Moskauer Treffens wurden erreicht. Die gemeinsamen Auffassungen der Teilnehmerstaaten wurden in der Gemeinsamen Erklärung zusammengefaßt (Neues Deutschland vom 29. Juni 1983). Das Treffen erwies sich nach Inhalt und Form als zeitgemäß. Es entsprach dem Erfordernis, auf die aggressive Politik der USA und der NATO kurz und bündig zu antworten.

2. Zur internationalen Lage schätzten die Teilnehmer übereinstimmend ein, daß nach der Prager PBA-Tagung ihre Zuspitzung an Ausmaß und Tempo zugenommen hat. Die Hauptursache dafür sehen sie (außer der SRR) darin, daß die USA von Erklärungen zu praktischen Maßnahmen übergegangen sind, um die militärische Oberlegenheit über die UdSSR und die Staaten des Warschauer Vertrages zu erlangen. Die Rechtsentwicklung in den imperialistischen Hauptländern hat sich verstärkt; die Formierung einer globalen politisch-militärischen antisozialistischen Koalition von Washington bis Tokio schreitet - trotz aller zwischenimperialistischen Widersprüche - voran.

Zugleich wurde hervorgehoben, daß die sozialistischen Staaten - wenn sie entschlossen handeln - in der Lage sind, dem wachsenden Druck der imperialistischen Staaten und ihrer Herausforderung zu widerstehen. Die Möglichkeiten sind vorhanden, die internationale Entwicklung wieder in normale Bahnen zu lenken.

3. In bezug auf das weitere Vorgehen der sozialistischen Staaten wurde vor allem die Notwendigkeit unterstrichen, ihre Einheit und Geschlossenheit zu stärken, um Schaden vom Sozialismus abzuwenden und ihren Völkern den Frieden zu sichern. Alle Teilnehmerstaaten (außer der SRR) bekräftigten die Entschlossenheit, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um eine militärische Oberlegenheit der anderen Seite nicht zuzulassen, das gemeinsame Konzept zur Einstellung des Wettrüstens, für Abrüstung und friedliche Koexistenz offensiv fortzusetzen.

a) Einen zentralen Platz nahm die Erörterung der im Falle der Raketenstationierung in Westeuropa seitens der Staaten des Warschauer Vertrages zu ergreifenden Gegenmaßnahmen ein. Genosse Andropow (Rede Anlage 3) informierte in Ergänzung zu bisherigen offiziellen sowjetischen Äußerungen, insbesondere der Regierungserklärung vom 28. Mai 1983, daß die UdSSR

- von ihrem einseitigen Moratorium für die Aufstellung von Mittelstreckenraketen im westlichen Teil der UdSSR Abstand nehmen,

- ebenfalls Raketen mit großer Reichweite stationieren,
- operativ-taktische Raketen der UdSSR dicht an die Grenzen der NATO-Stationierungsländer heranzuführen werde.

Genosse Erich Honecker (Rede Anlage 4) erklärte die Bereitschaft der DDR, ihr Territorium zur Verfügung zu stellen, um entsprechende Raketensysteme als Gegengewicht zu den vorgesehenen amerikanischen Kernwaffen zu stationieren.

Genosse Husak stellte für die CSSR (deren Territorium ebenfalls betroffen wäre) fest, daß sie aktiv zu den erforderlichen Maßnahmen beitragen werde. Er unterstützte ausdrücklich die Erklärung des Genossen Erich Honecker.

Die Genossen Jaruzelski, Kadar und Shiwkow trafen die Feststellung, daß unter keinen Umständen die militärische Oberlegenheit der USA und der NATO zugelassen werden dürfe.

- b) Es bestand Einvernehmen darüber, die Aktivitäten vor allem gegenüber den NATO-Staaten - unter Ausnutzung der jeweiligen Möglichkeiten der einzelnen sozialistischen Staaten - zu verstärken, um die Friedensinitiativen der sozialistischen Länder voranzubringen.

Die UdSSR kündigte an, daß sie gegenwärtig eine Reihe neuer Vorschläge ausarbeitet und den Bruderländern unterbreiten wird. Sie betreffen vor allem

- das Reduzierungsverfahren für Mittelstreckenraketen, die die UdSSR über die Anzahl der Mittelstreckenraketen Großbritanniens und Frankreichs hinaus in Europa stationiert hat;
- neue radikalere Reduzierung der strategischen Offensivwaffen;
- die Verhinderung einer Militarisierung des Weltraums;

- eine gemeinsame Initiative zur Problematik der chemischen Waffen;
- den Abschluß des Madrider Treffens unter Nutzung der jüngsten Initiative der spanischen Regierung.

c) Auf dem Treffen wurde übereinstimmend darauf hingewiesen, daß es die ideologische Arbeit und insbesondere die Auslandspropaganda zu aktivieren gilt, um die Positionen der sozialistischen Staaten in den Fragen von Krieg und Frieden überzeugend zu erläutern und die Demagogie des Gegners zu entlarven. Es wurde vorgeschlagen, daß das nächste Treffen der Sekretäre der Zentralkomitees für internationale und ideologische Fragen dieses Problem erörtern sollte.

4. Die SRR trat mit falschen Einschätzungen und Orientierungen auf, die anmaßender und herausfordernder als früher vorgebracht wurden. Das umfassendste Programm des Friedenskampfes sei die Deklaration der nichtpaktgebundenen Staaten von Neu Delhi. Die bekannte abweichende Einschätzung der Ursachen für die Verschärfung der internationalen Lage wurde mit der Behauptung verbunden, Gegenmaßnahmen der Staaten des Warschauer Vertrages im Falle der Stationierung neuer amerikanischer Raketen würden das Wettrüsten verschärfen, die Kriegsgefahr erhöhen und die Existenz der europäischen Völker aufs Spiel setzen.

Die SRR unterbreitete eine Reihe von Vorschlägen, die den Sicherheitsinteressen der Staaten des Warschauer Vertrages zuwiderlaufen und in der Frage der nuklearen Mittelstreckengewaffen in Europa einer Unterstützung der "Null- bzw. Zwischenlösung" der USA gleichkommen (Zusammenfassung der abweichenden Positionen der SRR Anlage 5).

Unter Bezugnahme auf die von Genossen Andropow angekündigten Vorschläge forderte Genosse Ceausescu, die UdSSR solle die anderen Warschauer Vertragsstaaten nicht nur darüber informieren, sondern solche Vorschläge mit ihnen vorab gemeinsam

auf höchster Ebene erörtern. Auf diese Weise könnte nach seiner Auffassung der Ausarbeitung einheitlicher Positionen, der Festigung der Einheit, Zusammenarbeit und Solidarität der Bruderländer gedient werden.

6. Die Darlegungen des Genossen Erich Honecker, der von Genossen Andropow gebeten worden war, unmittelbar nach ihm zu sprechen, wurden mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen. Seine präzise Einschätzung der internationalen Lage und der sich daraus ergebenden Erfordernisse, die prinzipielle Position der DDR zur Festigung der Einheit und Geschlossenheit der Bruderländer sowie ihrer Zusammenarbeit im Warschauer Vertrag und die eindeutige Erklärung zu den im Falle der Raketenstationierung erforderlichen Gegenmaßnahmen entsprachen der Aufgabenstellung des Treffens. Von sowjetischer Seite und Vertretern anderer Bruderländer wurde zum Ausdruck gebracht, daß diese Ausführungen eine hohe Wertschätzung fanden und den Verlauf des Treffens positiv beeinflussten.

7. Die Vertreter der VR Polen, der CSSR, der UVR und der VRB stimmten hinsichtlich der Einschätzung der internationalen Lage, der Ursachen ihrer Verschärfung und der sich daraus für die Politik der Staaten des Warschauer Vertrages ergebenden Schlußfolgerungen den Ausführungen des Genossen Andropow zu.

Genosse Jaruzelski hob hervor, daß die UdSSR die Hauptlast bei der Verteidigung des Sozialismus trage und auch der Schild der Sicherheit und der Grenzen Polens sei. Die VRP erfülle ihre übernommenen Bündnisverpflichtungen. Er verwies gleichzeitig darauf, daß Polen durch die Boykottpolitik der imperialistischen Staaten bisher direkt Verluste in Höhe von 6 Mrd. Dollar und indirekt von weiteren fast 6 Mrd. Dollar erlitten habe. Zum Papstbesuch schätzte Genosse Jaruzelski ein, er habe bestimmten ideologischen Schaden gebracht. Die Äußerungen des Papstes aber zum Frieden und zu den Grenzen Polens hätten der gemeinsamen Linie der Warschauer Vertragsstaaten entsprochen.

Genosse Kadar legte besonderes Gewicht auf die Feststellung, daß die UVR dafür eintrete, ungeachtet der komplizierten internationalen Lage den politischen Dialog sowie die bila-

teralen Beziehungen, besonders auf ökonomischem und kulturel-  
lem Gebiet, zu den kapitalistischen Staaten zu erweitern. Die  
UVR werde dazu mit "ihrer unabhängigen und selbständigen Außen-  
politik im Rahmen des Bündnisses" ihren Beitrag leisten.

8. Zum Schluß der Beratung unterbreitete Genosse Andropow den  
Vorschlag, eine Botschaft an die Führung der Volksrepublik  
China anzunehmen (Entwurf Anlage 6).

Da die SRR den Entwurf ablehnte, wurde die Botschaft auf  
dem Treffen nicht unmittelbar verabschiedet. Genossen  
Ceausescu wurden einige Tage Bedenkzeit eingeräumt. Die  
anderen Bruderländer kamen überein, daß die Botschaft -  
auch wenn die SRR ihr nicht zustimmen sollte - durch das  
Außenministerium der UdSSR dem Botschafter der VR China in  
Moskau in Kürze übergeben wird.